

Inhaltsverzeichnis

Literaturverzeichnis	XVII
1. Teil: Häusliche Gewalt und die Rechtsordnung	
<i>(Schumacher/Janzen)</i>	1
1. Abschnitt Rechtsschutz bei Gewalt in der Familie?	3
2. Abschnitt Das Phänomen der häuslichen Gewalt	6
A. Was ist „häusliche Gewalt“?.....	6
B. Das Ausmaß häuslicher Gewalt	11
3. Abschnitt Rückblick bis zu den jüngsten gesetz-	
geberischen Maßnahmen	14
A. Zum ehemännlichen Züchtigungsrecht und zur Ent-	
wicklung des Rechtsschutzes bei häuslicher Gewalt	
unter Erwachsenen	14
I. Das ehemännliche Züchtigungsrecht bis zum	
Inkrafttreten des BGB.....	14
II. Das BGB und der Rechtsschutz bei häuslicher	
Gewalt bis zum 1. Januar 2002	15
III. Exkurs: Das österreichische Gewaltschutzgesetz.....	17
IV. Der Weg zum „Gesetz zur Verbesserung des	
zivilgerichtlichen Schutzes bei Gewalttaten und	
Nachstellungen vom 11. Dezember 2001“	19
B. Das elterliche Züchtigungsrecht.....	21
I. Ursprüngliche Fassung des BGB	21
II. Gleichberechtigungsgesetz vom 18. Juni 1957	21
III. Sorgerechtsneuregelungsgesetz vom	
18. Juli 1979	22
1. Erster Vorschlag für ein Verbot von Gewalt-	
anwendung in der Erziehung	23
2. Folgen der Neuregelung durch das SorgeRG	24
IV. Kindschaftsrechtsreformgesetz	24
1. Ansätze zu einer Abschaffung des elter-	
lichen Züchtigungsrechts	25

2. Internationale Entwicklungen	25
3. Kindschaftsrechtsreformgesetz vom 16. Dezember 1997	26

2. Teil: Gewalt unter Partnern und Erwachsenen

(Schumacher).....31

1. Abschnitt Wohnungsüberlassung.....33

A. Wohnungsüberlassung nur im Verhältnis von
Täter und Opfer

B. Wohnungsüberlassung als Nutzungsbefugnis

C. Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG

I. Allgemeines

1. Vollendete Gewalttaten und Drohungen mit
Gewalttaten

2. Persönlicher Anwendungsbereich von
§ 2 GewSchG

3. „Wohnung“ im Sinne von § 2 GewSchG.....

II. Wohnungsüberlassung bei vollendeten Gewalt-
taten nach § 2 Abs. 1 GewSchG

1. „Gewalttat“ im Sinne des § 1 Abs. 1
Satz 1 GewSchG

a) Verletzung von Körper, Gesundheit und
Freiheit

b) Psychische Gewalt

c) Schutz des allgemeinen Persönlich-
keitsrechts

d) Vorsätzliche Begehung; Zurechnungs-
fähigkeit

e) Widerrechtlichkeit der Rechtsgutsver-
letzung nach § 1 Abs. 1 Satz 1 GewSchG

2. Führen eines auf Dauer angelegten gemein-
samen Haushaltes

a) Allgemeines

b) Gemeinsamer Haushalt

c) Auf Dauer angelegter Haushalt

d) Führen des Haushaltes

3. Dauer der Nutzungsbefugnis

4. Ausschluss des Anspruchs auf Wohnungsüber-
lassung

a) Keine Wiederholungsgefahr

b) Schriftliche fristgebundene Geltend-
machung des Anspruchs.....

c) Besonders schwerwiegende Belange der
Täters/der Täterin.....

5. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbot

6. Billigkeitsvergütung

III. Wohnungsüberlassung bei widerrechtlichen
Drohungen

1. Widerrechtliche Drohungen im Sinne von
§ 1 Abs. 2 Satz 1 Nr. 1 GewSchG

2. „Unbillige Härte“

D. Wohnungsüberlassung bei Getrenntleben von
Eheleuten (§ 1361b BGB)

I. Allgemeines

II. Ehemwohnung

III. Getrenntleben der Ehegatten

IV. „Unbillige Härte“

V. Gewalttaten

VI. Beeinträchtigungs- und Vereitelungsverbot

VII. Vergütungspflicht

VIII. Überlassungsvermutung.....

E. Wohnungsüberlassung bei Getrenntleben von
Lebenspartnern (§ 14 LPartG)

F. Verhältnis von § 2 GewSchG zu § 1361b BGB und
§ 14 LPartG

2. Abschnitt Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG

A. Voraussetzungen der Schutzanordnungen

B. Schutzanordnungen bei Hausfriedensbruch und
Nachstellungen

C. Arten der Schutzanordnungen

I. Übersicht

II. Wohnungsbetretungsverbot.....

III. „Wohnungsnäherungsverbot“

IV. Aufenthaltsverbot

V. Kontaktverbot.....

VI. „Zusammentreffensverbot“

D. Dauer der Anordnungen

E. Strafbarkeit des Verstoßes gegen Schutzanordnungen
nach dem Gewaltschutzgesetz (§ 4 GewSchG).....

3. Abschnitt Sachverhalte mit Auslandsberührung (Internationales Privatrecht) (Janzen)	77
A. Maßnahmen nach den §§ 1 und 2 GewSchG.....	77
B. Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB.....	77
1. Regelung vor Inkrafttreten des GewSchG.....	77
2. Gründe für die Neuregelung.....	80
3. Einseitige Verweisung auf das deutsche Recht für eine im Inland belegene Ehe- wohnung.....	81
4. Staatsvertragliche Sonderregelungen.....	81
C. Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG.....	83
4. Abschnitt Verfahrens- und Vollstreckungsrecht	84
A. Verfahren auf Wohnungsüberlassung.....	84
I. Wohnungsüberlassung nach § 2 GewSchG.....	84
1. Zuständigkeit.....	84
a) Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	84
b) Zuständigkeit der Familiengerichte.....	84
aa) Funktionelle Zuständigkeit.....	84
bb) Örtliche Zuständigkeit.....	85
α) Anhängigkeit einer Ehesache.....	86
β) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	86
2. Antrag, Amtsermittlung, mündliche Verhandlung, Anwaltszwang.....	87
3. Beteiligung des Jugendamtes.....	88
4. Regelungsbefugnisse des Gerichts.....	88
5. Wirksamkeit der Entscheidung.....	88
6. Abänderung der Entscheidung.....	89
7. Rechtsbehelfe.....	89
8. Vorläufiger Rechtsschutz.....	90
a) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	90
b) Anhängigkeit einer Ehesache.....	92
aa) Einstweilige Anordnung nach § 620 Nr. 9 ZPO.....	92
bb) Einstweilige Anordnung nach § 64b Abs. 3 FGG.....	94
9. Kostentragung.....	95
II. Wohnungsüberlassung nach § 1361b BGB.....	96
1. Zuständigkeit.....	96
a) Internationale Zuständigkeit.....	96

aa) Isolierte Verfahren über die Nutzung der Ehewohnung.....	96
bb) Annexzuständigkeit bei Anhängigkeit einer Ehesache.....	96
b) Zuständigkeit der Familiengerichte.....	97
aa) Funktionelle Zuständigkeit.....	97
bb) Örtliche Zuständigkeit.....	97
α) Anhängigkeit einer Ehesache.....	97
β) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	98
2. Antrag, Anwaltszwang, Amtsermittlung, mündliche Verhandlung.....	98
3. Regelungsbefugnisse des Gerichts.....	99
4. Beteiligung des Jugendamtes.....	100
5. Wirksamkeit der Entscheidung.....	101
6. Abänderung der Entscheidung.....	101
7. Rechtsbehelfe.....	102
8. Vorläufiger Rechtsschutz.....	102
a) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	102
b) Anhängigkeit einer Ehesache.....	103
9. Kostentragung.....	104
III. Wohnungsüberlassung nach § 14 LPartG.....	105
B. Verfahren auf Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG.....	105
I. Zuständigkeit.....	105
1. Internationale Zuständigkeit deutscher Gerichte.....	105
2. Zuständigkeit der Familiengerichte sowie der allgemeinen Prozessabteilung des Amtsgerichts und des Landgerichts.....	106
3. Örtliche Zuständigkeit.....	107
a) Familiengerichte.....	107
aa) Anhängigkeit einer Ehesache.....	107
bb) Nichtanhängigkeit einer Ehesache.....	108
b) Amts oder Landgericht.....	108
II. Das Verfahren.....	108
1. Verfahren beim Familiengericht.....	108
2. Verfahren vor dem Amtsgericht oder dem Landgericht.....	108
a) Hauptsacheverfahren.....	108
b) Einstweiliger Rechtsschutz.....	109
C. Vollstreckung.....	113
I. Geltung des Vollstreckungsrechts der ZPO für	

Entscheidungen des Familiengerichts.....	113
II. Allgemeine Vollstreckungsvoraussetzungen.....	113
1. Entscheidungen des Familiengerichts.....	113
2. Entscheidungen des Amtsgerichts oder des Landgerichts.....	114
III. Vollstreckung von auf Wohnungsüberlassung lautenden Entscheidungen nach § 885 ZPO (Herausgabe von Grundstücken und Schiffen).....	115
IV. Vollstreckung von Schutzanordnungen nach § 1 GewSchG	116
1. Vollstreckung nach § 890 ZPO (Erzwingung von Unterlassungen und Duldungen).....	117
2. Vollstreckung nach § 892a ZPO (Unmittelbarer Zwang in Verfahren nach dem Gewalt- schutzgesetz)	117
5. Abschnitt Beispielfälle	120
3. Teil: Der Schutz von Kindern vor Gewalt in der Familie (Janzen)	127
1. Abschnitt Die elterliche Sorge für die Person des Kindes und die Grenzen des elterlichen Erziehungsrechts	129
A. Elterliche Sorge für die Person des Kindes.....	129
I. Grundrechtliche Einbindung	129
II. Einfachrechtliche Ausgestaltung.....	130
B. Grenzen der elterlichen Sorge nach geltendem Recht – Gesetz zur Ächtung der Gewalt in der Erziehung	131
I. Begründung des Gesetzentwurfs	133
1. Tatsächliche Ausgangslage	133
2. Recht des Kindes, gewaltfreie Erziehung, Bewusstseinsänderung und Leitbild	134
II. Regelungsinhalte.....	135
1. Körperliche Bestrafung.....	136
2. Seelische Verletzung	136
3. Andere entwürdigende Maßnahmen	137
III. Rechtsfolgen	138
1. Zivilrecht	139
a) §§ 1666, 1666a BGB.....	139
b) Allgemeine Unterlassungsansprüche	141

c) Schadensersatzansprüche des Kindes.....	142
2. Kinder- und Jugendhilfe	142
3. Strafrecht.....	143
2. Abschnitt Eingriffsmöglichkeiten des Familiengerichts zum Schutz von Kindern vor Gewalt nach des Regeln des Kindschaftsrechts und Gewaltschutzgesetz	148
A. Ausgangssituation beim Schutz von Gewalt betroffener Kinder	148
B. Der Vorrang der Regelungen des Kindschaftsrechts und des Vormundschaftsrechts nach § 3 GewSchG – Überblick	150
I. Gewalt nur zwischen A und B.....	151
II. Gewaltanwendung gegenüber C (Kind).....	152
C. Gründe für den Vorrang der Sonderregelungen gegen- über Maßnahmen nach dem GewSchG	154
I. Unterschiedliche Rechtsschutzmöglichkeiten bei Gewaltanwendung gegenüber Kindern.....	154
II. Begründung der Konkurrenzregel	155
3. Abschnitt Schutz nach §§ 1666, 1666a BGB	161
A. Zur Systematik des § 1666 BGB.....	161
B. Abgrenzung zu anderen Vorschriften	162
I. § 1671 BGB	163
II. § 1672 BGB	164
III. § 1687b BGB, § 9 LPartG.....	165
C. Der Tatbestand des § 1666 Abs. 1 BGB	165
I. Elterliches Fehlverhalten und Verschuldenserfor- dennis; unverschuldetes Versagen; Verhalten eines Dritten	165
II. Kindeswohl	167
III. Gefährdung	168
1. Misshandlung des Kindes.....	169
2. Duldung durch den anderen Elternteil	170
3. Streitigkeiten und gewalttätige Auseinander- setzungen der Eltern/eines Elternteils mit seinem Ehegatten/Partner.....	170
4. Sexueller Missbrauch	171
IV. „Gefahrabwendungsprimat“ der Eltern.....	171
1. Erziehungsunvermögen der Eltern	171

2. Maßnahmen gegen „Dritte“	172
V. Rechtsfolge: Die Auswahl der angemessenen Maßnahme	175
1. Weisungen an die Eltern	175
2. Trennung des Kindes von der Familie und Beschränkung/Entziehung der Personensorge (§ 1666a Abs. 1 Satz 1, Abs. 2 BGB)	176
a) Anordnungscompetenz des Familiengerichts für „öffentliche Hilfen“ i.S.d. § 1666a BGB?	176
b) Umfang der Entziehung der Personensorge	178
3. Trennung eines Elternteils vom Kind	179
4. „Go-order“ und sonstige Maßnahmen gegen Dritte (§ 1666 Abs. 4, 1666a Abs. 1 Satz 3 BGB)	183
a) Wegweisung von Personen, die nicht mit dem Kind in häuslicher Gemeinschaft leben	183
b) Wegweisung von Dritten, die zur „sozialen“ Familie gehören	184
5. Dauer der Maßnahme und Auswahl des „Adressaten“	185
a) Trennung des Kindes von der Familie und Entziehung der Personensorge	186
b) Wegweisung eines Elternteils oder eines Dritten	187
aa) Besonderheiten bei der Wegweisung eines Elternteils nach § 1666a Abs. 1 Satz 2 BGB	187
bb) Einschränkungen bei der Wegweisung von Elternteilen oder Dritten (§ 1666a Abs. 1 Satz 3 BGB)	188
cc) Zusammenfassung	189
4. Abschnitt Folgeregelungen nach einer Wegweisung oder sonstigen Trennung von Kind und Elternteil	192
A. Umgangsrecht	192
I. Umgangsrechte des Kindes und der Eltern	192
II. Einschränkung oder Ausschluss des Umgangsrechts	193
III. Zusammenfassung	197
B. Übertragung der elterlichen Sorge nach einer Trennung	198
5. Abschnitt Zum Verfahrensrecht und zu Sachver- halten mit Auslandsbezug	199

A. Verfahrensrecht	199
I. Verfahrenspfleger	199
II. Anhörung und Beteiligung weiterer Personen	200
1. Anhörung der Eltern	200
2. Anhörung des Kindes	200
3. Beteiligung des Jugendamts	200
4. Beteiligung Dritter	201
III. Regelung durch einstweilige Anordnung	201
IV. Durchsetzung der Entscheidung; insbesondere einer Wegweisung	201
1. Formulierung der Anordnung	202
2. Mögliche Zwangsmittel	202
B. Sachverhalte mit Auslandsbezug	205
I. Internationale Zuständigkeit	205
1. MSÜ	205
a) Zuständigkeit der Behörden des Staates des gewöhnlichen Aufenthalts (Artikel 1 MSÜ)	206
b) Artikel 8 und 9 MSÜ	208
c) Artikel 4 MSÜ	208
2. Brüssel-II-Verordnung	209
a) Elterliche Verantwortung	210
b) Entscheidung „aus Anlass“ der Ehesache	210
c) Zuständigkeitsregeln der Brüssel-II-Ver- ordnung	212
3. Autonomes Recht	213
II. Anzuwendendes Recht	213
1. Niederlassungsabkommen zwischen dem Deutschen Reich und dem Kaiserreich Persien vom 17. Februar 1929	214
2. MSÜ	214
3. Autonomes Recht (Artikel 21 EGBGB)	215
Anhang	217
I. Gewaltschutzgesetz	217
II. BGB / LPartG (§§ 1361b, 1631, 1666, 1666a, § 14 LPartG)	220
III. ZPO/FGG (§§ 606, 606a, 620-621g, 885, 890-892a ZPO; §§ 49a, 64b FGG)	223

IV. Polizeirecht	231
1. Berlin	231
2. Bremen	232
3. Hamburg	232
4. Hessen	233
5. Mecklenburg-Vorpommern	233
6. Niedersachsen	234
7. Nordrhein-Westfalen	234
8. Schleswig-Holstein	235
Stichwortverzeichnis	237